



## Datum

9.10.2007

## Nummer

476/2007

## Thema

BBI

## Redaktion

-CS-

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

### **Neuausschreibung des BBI-Terminals als Chance begreifen**

Der Versuch, über eine Neuausschreibung des BBI-Terminals und eine Aufteilung in kleinere Baulose die Kosten zu minimieren, ist ein unterstützenswerter Versuch. Das entspricht den Forderungen, die Bündnis 90/Die Grünen immer wieder, vor allem zur Förderung der regionalen Wirtschaft, gestellt hatten.

Dass damit die Baukosten deutlich gesenkt werden können, ist allerdings nicht sicher. Immerhin handelt es sich um eine Planung von Gerkan, Marg und Partner (GMP). Und bisher haben die GMP-Projekte in Berlin den Kostenrahmen regelmäßig deutlich überschritten. Erinnerung sei an den Hauptbahnhof und das Tempodrom.

Da Baukostenexplosionen in Berlin die Regel sind (Topographie des Terrors, Akademie der Künste), hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert, bei den Ausschreibungen eine Architektenhaftungsklausel einzuführen. Danach sollten Architekten verpflichtet werden, die vom Bauherrn vorgegebenen Baukosten einzuhalten. Dann würde es nämlich keine Architektenentwürfe mehr geben, die nur mit weit höherem finanziellen Aufwand als dem geplanten realisierbar sind. Das dies von der Koalition abgelehnt wurde, hat sich einmal mehr gerächt.

Wir fordern den Senat auf, endlich die Konsequenzen aus diesem Desaster zu ziehen und künftig eine Architektenhaftung für die Einhaltung der Baukosten einzuführen.

Die Bauzeitverzögerung sollte zudem als Chance begriffen werden, die östliche Schienenanbindung zu überarbeiten. Hier können finanzielle und natürliche Ressourcen geschont werden. Der alte S-Bahnhof Schönefeld sollte aufgegeben und auf die sechs Kilometer lange S-Bahnschleife, die zu einer unsinnigen Fahrzeitverlängerung führt, verzichtet werden. So werden neben den Infrastrukturkosten auch dauerhaft Betriebskosten gespart. Des Weiteren sollte die östliche Regionalbahnanbindung nicht durch den Bohnsdorfer Wald, sondern entlang der Autobahn geführt werden. Auf diese Weise kann auch die drohende Klage der Naturschutzverbände abgewendet werden.